

Oesterreichische Delegation.

Ausschuß für Neußeres.

Die Rede des Ministers des Neußern, die wir an leitender Stelle besprechen, hat auf die versammelten Mitglieder der oesterreichischen Delegation den denkbar besten Eindruck gemacht, dem sich nicht einmal der Vertreter der Südslawen, Dr. Korosec, trotz seiner grundsätzlichen Gegnerschaft ganz verschließen konnte. Auch der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten Delegierter Dr. Ellenbogen anerkannte die persönlichen Eigenschaften des Grafen Czernin, seinen ehrlichen Willen, die Friedensfrage einer gezielten Lösung entgegenzuführen und sein Geschick in der Führung der diplomatischen Verhandlungen. Redner erörtert die in der Vorwoche in Wien stattgehabte Volksbewegung, die in dem allgemeinen Zustand in Erscheinung getreten ist, und wies darauf hin, daß diese Kundgebung, spontan entstanden, nicht jenen Einfluß auf den Gang der Friedensverhandlungen gehabt habe, der ihr im allgemeinen zugeschrieben wird.

Delegierter Graf Rostiz bekundete dem Minister des Neußern, daß er alles, was bisher möglich war, für die Erlangung des Friedens getan habe und daher das Vertrauen verdiene. Redner bespricht unter Hervorhebung der Schwierigkeiten, die dem Minister bei den Verhandlungen entgegenstehen, den letzten Streik und wirft die Frage auf, wie durch diese politische Bewegung die Stellung unserer Unterhändler gestärkt werden könne und welche Mittel wohl dem Minister dadurch an die Hand gegeben werden sollen, damit er im Sinne eines Friedens, den wir alle wünschen, arbeiten könne.

Auch die Delegierten Dr. Stransky und Dazynski erörterten die Tätigkeit des Ministers des Neußern, wobei Delegierter Dazynski besonders hervorhob, in wie anerkannter Weise Graf Czernin die Note Wilsons behandelt. Aus seinen Worten und seinen Taten sei zu ersehen, daß er aufrichtig bestrebt sei, einen baldigen Frieden herbeizuführen.

Als Vertreter der deutschen Delegierten drückte Abgeordneter Dr. Waldner dem Grafen Czernin seine Anerkennung und sein Vertrauen aus, indem er erklärt, der Eindruck der Ausführungen des Ministers sei ein ihn übermannender. Der Redner richtet an den Ausschuß die Aufforderung, zur Unterstützung des Ministers das Seinige zu tun. Dr. Waldner bespricht die politischen Ereignisse der letzten Zeit und verweist auf den Umstand, daß die öffentliche Meinung eine verworrene, auf falschem Wege sich befindende ist, die im Gegensatz zur Mehrheit der friedlich gesinnten Bevölkerung in der Meinung gipfelt, ein Friede unter allen Umständen, ein Friede der Preisgabe aller Interessen sei ein erstrebenswertes Ziel. Der augenblickliche Friede ohne wirtschaftliche Vorbereitung werde unsere Ernährung um nichts bessern und auch dem Teil der Bevölkerung, die ihn jetzt anstrebt, zu Schaden gereichen, denn es ist eine gewisse Zeitspanne ruhiger Verhandlungen notwendig, um auch einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und die wirtschaftlichen Sicherheiten zu erreichen. Auf das Verhältnis zu unseren Verbündeten übergehend, tadelt Delegierter Waldner alle jene Versuche, die Gemeinsamkeit und Solidarität mit unseren Bundesgenossen zu erschüttern, denn gerade darin bestehen die Grundlagen, auf die der Minister sich stützt. Deshalb ist dem Grafen Czernin für die Unererschütterlichkeit dieses seines Standpunktes der Dank des gesamten deutschen Volkes in Oesterreich sicher und deshalb mußte der Minister auch anerkennen, daß das Verhalten der deutschen Regierung durch die tatsächliche Lage gerechtfertigt ist, und daß im Falle des Aufgebens dieses Standpunktes ein Chaos an die Stelle der Ordnung treten würde. In diesem Sinne muß der Öffentlichkeit zur Empfindung gebracht werden, daß es nur einen Weg gibt, um zum Ziele zu gelangen, daß das Hinterland in einer nicht verwirrten, sondern geeinten öffentlichen Meinung und Ueberzeugung durchhält. Dr. Waldner richtet, auf die Ernährungsfrage übergehend, an die ungarische Regierung die entscheidende Bitte, sich bei ihren Maßnahmen von dem Gefühl für das gemeinsame Vaterland leiten zu lassen und eine gemeinsame Ernährung zu ermöglichen, da die Ernährungslage Ungarns, insbesondere die Lage der Selbstversorger, eine unvergleichlich bessere ist als bei uns. Die Vorratsüberschüsse Ungarns müssen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Nachstehend der Bericht:

Nach dem Minister des Neußern ergreift Delegierter Dr. Waldner das Wort.

Delegierter Dr. Waldner

erklärt, der Eindruck der Ausführungen des Ministers sei ein ihn übermannender. Was daher ihn und diejenigen, die hinter ihm stehen, betrifft, könne er

schon vorab und in diesem Augenblicke erklären, daß sie ihr ganzes, volles, überzeugtes Vertrauen in den Minister des Neußern und in die Art sehen, wie er die Verhandlungen in Brest-Litowsk führe. Der Minister habe das Hauptgewicht nicht so sehr auf die Einzelheiten seiner Mitteilungen als auf das Verhältnis des Hinterlandes, der öffentlichen Meinung in der Monarchie zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk gelegt. Hier ist der springende Punkt dieser Mitteilungen und hier haben wir die Pflicht zur Stellungnahme. Nicht in dem Ausdruck des Vertrauens für den Minister, der seitens der Mehrheit des Ausschusses schon als eine Selbstverständlichkeit erklärt werden kann, sondern darin liegt der Schwerpunkt, wie der Ausschuß und unter dem Eindruck seiner Verhandlungen die öffentliche Meinung sich zum Appell des Ministers an sie stellen wird. Diese öffentliche Meinung ist jetzt eine verworrene, eine zerfahrene, auf falschem Wege sich befindende. Denn diese öffentliche Meinung ist nicht etwa in der Mehrheit der friedlichen, ruhigen Bevölkerung, die ja stumm bleibt und sich nicht äußert, aber sie ist in jenen Teilen, die nach außen hin sich Ausdruck errungen haben, in dem Maße zusammenzufassen, daß von diesem Stück öffentlicher Meinung ein Friede um jeden Preis, ein Unterwerfungsfriede, ein Friede unter allen Umständen und, koste es, was es wolle, ein Friede von heute auf morgen, ein Friede der Preisgabe aller Interessen verlangt wird. Nach dem Eindruck, den die Bewegung in der jüngsten Zeit hervorgerufen hat, könnte niemand die Richtigkeit dieser Auffstellungen bestreiten. Der Minister hat in überzeugender Weise dargetan, daß diese Art der Einflußnahme auf die Verhandlungen das Verderben ist, daß sie geradezu verbrecherisch ist an dem Zwecke des Friedens, an der Erreichung des Friedens und an den Interessen, die wir für unser Vaterland mit Hilfe des Ministers des Neußern und mit Hilfe unserer Unterstützung zu erreichen verpflichtet sind. Daher ist es unsere Pflicht und in erster Linie die Pflicht dieses Ausschusses, nach dieser Richtung hin dem Minister die Hilfe, die er angerufen hat, zu geben und zum Ausdruck zu bringen, daß die Verirrung dieser öffentlichen Meinung aufgegeben und eine echte öffentliche Meinung hervorgerufen werden muß durch unsere Hilfe, durch den Einfluß, den unsere folgenden Verhandlungen auf die öffentliche Meinung üben werden und üben müssen.

Wenn der Friede um jeden Preis, der Friede von heute auf morgen, der Unterwerfungsfriede die Folge hätte, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten mit einem Schlage behoben wären, wenn Friede und Ernährung Hand in Hand gehen und sich gegenseitig bedingen würden, so hätte dieses charakterisierte Stück der öffentlichen Meinung noch einen realen Hintergrund. Diese gegenseitige Bedingung von Ernährung und Augenblicksfriede ist aber, wie der Minister ganz überzeugend ausgeführt hat — und wir wußten es ja auch schon früher — nicht vorhanden. Der Augenblicksfriede wird unsere Ernährungslage nicht verbessern, nachdem unter der fortgesetzten Absperrung der Seemächte kein Meterzentner Getreide oder Mehl in unser Land hereinkommen kann und nachdem ein solcher Augenblicksfriede auch nicht einmal die Versorgung von Rußland aus, insbesondere von der Ukraine aus, zur Folge hätte. So wären wir durch den Augenblicksfrieden in unseren Erwartungen auf Erleichterung unserer Ernährungslage enttäuscht. Diese Erleichterung wäre bereitet anstatt erreicht. Die Zeitspanne ruhiger Verhandlung, welche notwendig ist, um den Frieden nicht mit annexionspolitischen und kontributionistischen Erfolgen, sondern mit gleichzeitigen wirtschaftlichen, das ist Ernährungsvorteilen, zu erreichen, muß also denn doch die gesamte Bevölkerung Oesterreichs ohne Unterschied, auch mit Einschluß jener, welche jetzt den Augenblicksfrieden, den Frieden um jeden Preis auf ihre Fahne geschrieben haben, wollen. In diesem Sinne richtet Redner an den Ausschuß die Aufforderung, zur Unterstützung des Ministers das Seinige zu tun. Und das sollte und müßte auch in den Ausführungen der folgenden Redner, mögen sie sonst staatsrechtlich auf welchem Standpunkte sie wollen stehen, ausnahmslos zum Ausdruck gelangen. Im oesterreichischen Abgeordnetenhaus ist unter dem Gesichtspunkte des Friedens um jeden Preis das Wort gefallen: Wenn nicht anders, so solle unser Minister des Neußern in Brest-Litowsk selbstständig vorgehen, das heißt also, nötigenfalls unter Treubruch gegen unsere Bundesgenossen. Redner begrüßt es und danke dem Minister dafür, daß er nach dieser Richtung nicht den geringsten Zweifel gelassen habe. Die Gemeinsamkeit, das Hand-in-Hand-Gehen, die Verbundenheit, die unverbrüchliche Solidarität mit unseren Bundesgenossen ist eine der Grundlagen, auf die der Minister sich stellt. Redner danke dem Minister für die Unererschütterlichkeit dieses Standpunktes. Das gesamte deutsche Volk in Oesterreich erwartet, daß an dieser Unererschütterlichkeit und Unverbrüchlichkeit der Treupflicht gegen unsere Bundesgenossen festgehalten werde. Um so leichter könne Redner diese Worte an den Minister richten, als nach der Darstellung des Ministers auf Seiten unseres Treuegenossen keineswegs jene Erschwerungen des Friedensschlusses vorhanden sind, die mit einer gewissen Gefährlichkeit ihm unterstellt werden. Der Minister hat betont, daß, was die Grenzgebiete betrifft, das Verhalten der deutschen Regierung nach seiner Ueberzeugung durch die tatsächliche Lage gerechtfertigt ist und daß, wenn ein anderer Standpunkt eingenommen oder dieser Standpunkt völlig aufgegeben würde, in jenen Gebieten das Chaos an die Stelle der gegenwärtigen Ordnung treten müßte, und was aus diesem Chaos hervorgehen würde, läßt sich gar nicht absehen. Nicht was augenblicklich gerade als wichtig erscheint, sondern was sich erst in der Zukunft erwahrt, ist für einen Staatsmann das Ziel. Redner begrüßt es daher erneut, daß der Minister auf der wiederholt gegebenen Versicherung des unverbrüchlichen Treuehaltens mit unserem Bundesgenossen verharrt und erstickt, daß nicht auch in diesem Ausschuß der Versuch gemacht werde, den Minister aufzufordern, nötigenfalls selbstständig vorzugehen und auf eigene Faust, das heißt unter Treubruch, mit Rußland Frieden zu schließen. Ja, welchen Frieden? Nach den Darlegungen des Ministers ist eigentlich ein Zustand da, der gar nicht mehr Krieg ist, ein Zustand der Krieglosigkeit, ein Zustand, der, von Verträgen abgesehen, sonst dort herrscht, wo kein Krieg ist. Der Krieg mit Rußland ist — man kann vielleicht von der ukrainischen Front absehen — zu Ende, und er kann nach den Darlegungen des Ministers nach der Auflösungs- und Bersehungslage im Innern Rußlands gar nicht mehr erneuert werden.

Es ist daher eigentlich nicht der Krieg durch den Frieden zu beenden, sondern der gegenwärtige Zustand der Krieglosigkeit, aber auch der Anarchie an der Grenze und in den Grenzgebieten durch Abschließung entsprechender Verträge womöglich in die Ordnung überzuführen. Wohin schallt also dieser Ruf nach dem Frieden um jeden Preis? Er ist insofern ein agitatorischer Ruf ins Beere, ein aufreizender Ruf und seine Wirkung kann nicht in erster Linie eine solche nach außen sein, sondern nach innen, um hier die Leidenschaftlichkeiten aufzuregen und die Stellung des Ministers bei den Verhandlungen zu erschweren, wo nicht unmöglich zu machen. Aber weiters. Der Minister hat sich zwar auf die Charakterisierung seiner Gegenpartiesanten und der Lage Rußlands, insbesondere in Petersburg nur andeutend eingelassen. Aber schon aus diesen Worten